

KULTUR, SPRACHE UND POLITIK
CULTURE, LANGUAGE, AND POLITICS
KULTURA, JEZIK I POLITIKA

Mare nostrum = nostrum sepulcrum?
Das Mittelmeer als Massengrab für Migranten und
das Dilemma europäischer Flüchtlingspolitik
Zur aktuellen Kontroverse über die neuen
„Boatpeople“

Mare nostrum = nostrum sepulcrum?
The Mediterranean as a mass grave for migrants and the
dilemma of European refugee policy
On the current controversy about the new “boat people”

Ernest W. B. HESS-LÜTTICH
(BERN / BERLIN / KAPSTAD)
pregledni rad

STICHWÖRTER:

Migration, afrikanische
Flüchtlinge,
Integration, Identität,
Entwicklungshilfe,
Spracherwerb,
Berufsbildung

ZUSAMMENFASSUNG

Die von einer Jury deutscher Linguisten ausgewählten „Unwörter des Jahres“ (wie Pushback, Asyltourismus, Anti-Abschiebeindustrie, Überfremdung) beziehen sich nicht selten auf die in Deutschland (aber nicht nur dort) anhaltenden Kontroversen über Migrations- und Flüchtlingspolitik. Das Wort ‚Pushback‘ etwa beschreibe die Praxis europäischer Grenzwächter, Flüchtlinge an den Grenzen zurückzuweisen oder ihre Boote am Anlanden zu hindern. Vor dem Hintergrund der europäischen Humanitätskrise im Schatten des russischen Angriffs auf die Ukraine diskutiert der Beitrag aktuelle Positionen der Debatte um die Integration von Ausländern, namentlich aus dem afrikanischen Nachbarkontinent, in die europäischen (und besonders die deutschsprachigen) Gesellschaften. Was sind die Bedingungen für eine erfolgreiche Zuwanderung? Wie ist die Bilanz der politischen (und finanziellen) Versuche zur sozialen, beruflichen und vor allem sprachlichen Integration von Ausländern? Wie verhält sich die restriktive Praxis (Stichworte: ‚Frontex‘ oder ‚Festung Europa‘) zu dem demographischen Desiderat von Zuwanderung in alternde Gesellschaften? Wie die Zunahme der irregulären Immigration zu dem Ruf der Wirtschaft nach legaler Zuwanderung? Da die Zahl der afrikanischen Flüchtlinge

KEYWORDS:

Migration, African refugees, integration, identity, development aid, language acquisition, vocational training

angesichts multipler, auch ökologischer Krisen weiter zunehmen wird, plädiert mein Beitrag für neue Ansätze zur Lösung des Problems ihrer Integration in die europäischen Gesellschaften. Ausgehend von einer Analyse der Ursachen für die aktuelle Situation 2022 gibt das Papier vor der für 2023 angestrebten Neufassung des Zuwanderungsgesetzes einen Überblick über die Fakten und Zahlen der Migrationspolitik unter besonderer Berücksichtigung afrikanischer Flüchtlinge, ihrer Bedürfnisse, ihrer Anforderungen und Perspektiven, was zu einem interkulturell sensibilisierten Plädoyer für mehr sprachliche und berufliche Bildung sowohl im Inland, aber auch im Ausland führt.

ABSTRACT

The “Unwords of the Year” selected by a jury of German linguists (pushback, asylum tourism, anti-deportation industry, foreign domination) often refer to the ongoing controversies in Germany (but not only there) about migration and refugee policy. The word ‘pushback’, for example, describes the practice of turning back refugees at the borders or preventing their boats from landing. Against the backdrop of the European humanitarian crisis in the shadow of the Russian attack on Ukraine, the article discusses current positions in the debate on the integration of foreigners, namely from Africa, into Europe. What are the conditions for their successful immigration? What is the record of political (and financial) attempts to integrate foreigners socially, professionally and, above all, linguistically? How does restrictive practice (keywords: ‘Frontex’ or ‘Fortress Europe’) relate to the demographic desideratum of immigration in ageing societies? How does the increase in irregular immigration relate to the economy’s call for legal immigration? Since the number of African refugees will continue to increase in view of multiple, also ecological crises, my contribution pleads for new approaches to solving the problem of their integration into European societies. Based on an analysis of the causes of the current situation in 2022, the paper provides an overview of the facts and figures of migration policy with special reference to African refugees, their needs, their requirements and perspectives, prior to the new version of the Immigration Act targeted for 2023, leading to an interculturally sensitised plea for more language and vocational training both at home but also abroad.

UNWÖRTER

Seit dem völkerrechtswidrigen Überfall Russlands auf die Ukraine haben wir in Europa wieder eine sogenannte ‚Flüchtlingsdebatte‘. Mehr als 1,3 Millionen Menschen suchten allein in Deutschland innerhalb eines Jahres Schutz vor Putins brutalem Vernichtungskrieg. Der Führer der konservativen Opposition im Deutschen Bundestag, Friedrich Merz, unterstellt ihnen unlautere Motive und spricht von „Sozialtourismus“. Das Wort hatte es schon 2013 zum „Unwort des Jahres“ gebracht, nun setzte es die Jury aus Marburger Sprachwissenschaftlern erneut auf die Liste diffamierender Begriffe in der politischen Auseinandersetzung, 2022 auf Platz zwei hinter dem Wort „Klimaterroristen“, das Demonstrationen für eine konsequentere Klimapolitik mit dem RAF-Terror des Herbstes 1977 assoziieren sollte. Erst als die Perfidie dieser Diskursstrategie auf nahezu einhellige Kritik in den Medien stieß, wurde der Begriff zurückgenommen. Merz rechtfertigte sich mit dem Argument, er habe lediglich auf das Problem der Aufnahme so vieler Menschen in kurzer Zeit hinweisen wollen. In der Tat wurde der bisherige Rekord bei der Zahl der Zuwanderer im Jahr 2015 jetzt aufgrund des russischen Angriffs 2022 bei weitem übertroffen, zumal weitere 300‘000 Flüchtlinge aus anderen Krisengebieten wie Syrien, Afghanistan, Irak, Iran, Eritrea, Somalia, Nigeria noch hinzukommen, deren Integration die Gesellschaft gleichzeitig zu bewältigen hat.¹

Niemand leugnet die Herausforderung, die eine solche Zuwanderung darstellt, zumal viele der unter oft dramatischen Umständen Geflohenen unter posttraumatischen Belastungsstörungen leiden, die nicht mit Geld, sondern auf die Dauer nur mit sozialer, also sprachlicher und beruflicher Integration und psychologischer Betreuung zu lindern sind. Der Psychologe Thomas Elbert, emeritierter Professor für Klinische Psychologie an der Universität Konstanz und vormaliger Sprecher der Arbeitsgruppe „Versorgung der psychischen Gesundheit Geflüchteter“ an der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leo-

¹ Nach dem altrömischen Rechtsgrundsatz „Pronuntiatio sermonis in sexu masculino ad utrumque sexum plerumque porrigatur“ (*Corpus Iuris Civilis* Dig. 50, 16, 195) und im Einklang mit höchstrichterlicher Rechtsprechung (s. BVG-PersonenstandsUrteil I BvR 2019/16 v. 10.10.2017 gem. Art. 2 Abs. 1 i.V.m. Art. 1 Abs. 1 GG und BGH-Personenbezeichnungsurteil VI ZR 143/17 v. 13.03.2018) sowie den Empfehlungen des Deutschen Rechtschreibrates (v. 26.03.2021), benutze ich in diesem Beitrag für Personenbezeichnungen, wenn sie die Gattung betreffen, aus logischen, grammatischen, semantischen, stilistischen, semiotischen, ökonomischen, juristischen und queersensiblen Gründen das inklusive *genus commune* gruppen- oder statusbezogene Partizipialformen vermeide ich, weil sie eine andere Bedeutung haben.

poldina, weist (im *Spiegel* 3 v. 14.01.2023: 40) anlässlich wiederholter Gewalttaten von ausländischen Jugendlichen auf die Gefahren hin, die traumatisierte Menschen mit Fluchtbiographien und Gewalterfahrungen für ihre Umgebung bedeuten können, wenn ihrer psychosozialen Integration nicht ausreichend Beachtung geschenkt wird (cf. bereits Hess-Lüttich 1985; id. 2019).

Die schrecklichen Bilder aus der Ukraine, die uns jeden Tag erreichen, lassen die kaum minder ernste Lage an Europas südlicher Grenze im Agenda-setting der Medien derzeit etwas in den Hintergrund treten, aber die Zahl der Menschen, die versuchen, über das Mittelmeer die EU zu erreichen, liege 2022 um 40 % höher als im Vorjahr, heißt es aus der EU-Kommission, auch aus Syrien, Afghanistan, Irak und dem Sub-Sahel kämen wieder vermehrt Flüchtlinge, fünfmal mehr als im Vorjahr; in Italien allein versuchten über 67000 Flüchtlinge aus oft seeuntüchtigen Booten an Land zu gelangen, nicht wenige davon Minderjährige (weltweit sind lt. UNHCR 42 % der Flüchtlinge unter 18 Jahre alt, s. Anm. 2; *Spiegel* 40 v. 01.10.2022: 21); und seit Oktober 2022 sucht sich die neue Ministerpräsidentin Georgia Meloni, Vorsitzende der als postfaschistisch eingestuften Partein *Fratelli d'Italia*, durch Zurückweisung der Schutzsuchenden zu profilieren und schließt damit nahtlos an die umstrittenen Pushback-Operationen der europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache *Frontex* an, die Flüchtlingsboote zurückdrängte und damit gegen das *Refoulement*-Verbot verstieß, den Grundsatz der Nichtzurückweisung im internationalen Seerecht, der Linguisten veranlasste, „Pushback“ zum Unwort des Jahres 2021 zu wählen.

Während konservative und rechtsextreme Politiker das überaus komplexe Thema und den damit exponierten Dilemmata parteipolitisch für sich zu nutzen suchen und die Vorschläge zur pragmatischen Neuregelung der Einwanderung wieder als naives „Gutmenschentum“ denunzieren (Unwort 2015), wird in den Medien das Wort ‚Flüchtling‘ zunehmend durch den Terminus ‚Geflüchteter‘ ersetzt, in der irrigen Auffassung, ‚Flüchtling‘ sei ein Unwort, das die damit Gemeinten herabsetze und abwerte. Der Historiker Andreas Kossert, Autor eines preisgekrönten Standardwerkes über die Geschichte der Flucht (Kossert 2020), sieht darin im Gegenteil eine Verharmlosung, weil das Partizip Perfekt etwas bezeichne, das abgeschlossen, vergangen und damit überwunden sei, während Flüchtlinge durch ihre traumatischen Fluchterfahrungen oft ein Leben lang geprägt würden. ‚Gut gemeint‘ ist eben nicht immer auch semantisch präzise. Ein Flüchtling flüchtet nicht aus freien Stücken, son-

dern ist oder fühlt sich dazu gezwungen, weil er andernfalls fürchten muss, zu verhungern oder ermordet zu werden.

Zudem verwischt die ungenaue Rede von den ‚Geflüchteten‘ den asylrechtlich relevanten Unterschied zwischen dem Rechtsbegriff ‚Flüchtling‘, und der wirtschaftlich oder ökologisch (aber weniger im engeren Sinne politisch) begründeten ‚Arbeitsmigration‘, um die sich der Staat aber in seinem eigenen Interesse ebenfalls durch deren rechtsstaatliche Organisation dringend kümmern muss, wenn ‚irreguläre Immigration‘ und mangelnde Unterstützung bei der Integration von Migranten nicht auf wachsende Widerstände in der Bevölkerung stoßen und durch rechtsradikale Parteien und Bewegungen instrumentalisiert werden soll. Darauf wird zurückzukommen sein.

Es ist daher rechtsstaatlich und ethisch geboten, dass Politik und Justiz mit dem Instrument der Abschiebung nicht leichtfertig umgehen, denn „Flucht ist kein Abenteuer, sie ist Schicksal, eine Herausforderung, oftmals bis zum Ende des Lebens“ (Kossert 2022: 17). Wieder ist es der zuverlässige Produzent von Unwörtern, der ‚christliche‘ CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt, der hinter dieser menschenrechtlich sensibilisierten Umsicht „eine aggressive Anti-Abschiebe-Industrie“ (Unwort 2018) wittert. Umso wichtiger ist die Klarheit der Voraussetzungen, unter denen Asyl gewährt und Flüchtlinge aufgenommen werden. Dabei sind individuelle Einzelfallprüfungen ebenso wichtig wie die Aufklärung der Betroffenen und klare rechtliche Regelungen, die zugleich humanitäre Ermessensspielräume lassen.

Die gegenwärtige Praxis regional höchst unterschiedlicher Abschiebequoten nur eines Bruchteils von oft mehrfach und wiederholt straffällig gewordenen Migranten oder deren Untertauchen aufgrund mangelnden Vollzugs vorliegender Anordnungen unmittelbarer ‚Ausreisepflicht‘ unterläuft unnötig jede gewünschte ‚Willkommenskultur‘. So wurde 2022 der Status von über 300‘000 „unmittelbar Ausreisepflichtigen“ zu über 82 % („aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen“) in den der „Geduldeten“ umgewandelt. Zu solchen Gründen zählen z.B. die Weigerung der Herkunftsländer, ihre Staatsbürger zurückzunehmen, insbesondere mit den südlichen Mittelmeerländern Marokko, Tunesien und Algerien sei eine diesbezügliche Kooperation schwierig. Umgekehrt bedurfte es erheblichen Drucks einschlägig engagierter Gruppen, das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) endlich dazu zu bewegen, schwule Migranten, die aufgrund ihrer sexuellen Orientierung in ihrer Heimat gnadenlos verfolgt werden, nicht mehr unbekümmert in ihre Heimatländer zurück-

zuschicken, in denen sie drakonische Strafen oder gar der sichere Tod erwartet (übrigens nicht nur in islamischen Ländern oder von radikalen Evangelikalen beeinflussten Ländern Afrikas, sondern zunehmend auch in der russischen Diktatur Putins mit seinem homophoben Hassprediger Kyrill, dem Moskauer Patriarchen: cf. Jerofejew 2023: 47).²

Migration gibt es seit dem Beginn der Menschheit, aber dass Zwangsmigration im 20. Jahrhundert zu einem Massenphänomen geworden ist, ist nicht zuletzt dem Versagen der Völkergemeinschaft geschuldet, rechtzeitig Fluchtursachen koordiniert zu bekämpfen. Deshalb bricht die Zahl der Flüchtlinge weltweit immer neue Rekorde. Inzwischen sind mehr als 103 Millionen Menschen – und hinter jeder statistischen Ziffer steht ein Mensch – auf der Flucht. Wenn vor diesem Hintergrund dann in Europa aus Gründen einer verstaubten ethno-nationalistischen und imperialistisch-revanchistischen Ideologie auch noch ein Krieg vom Zaun gebrochen wird, steigen die Zahlen abermals sprunghaft an und verzeichnen innerhalb nur eines Jahres eine Steigerung um 8 %.³

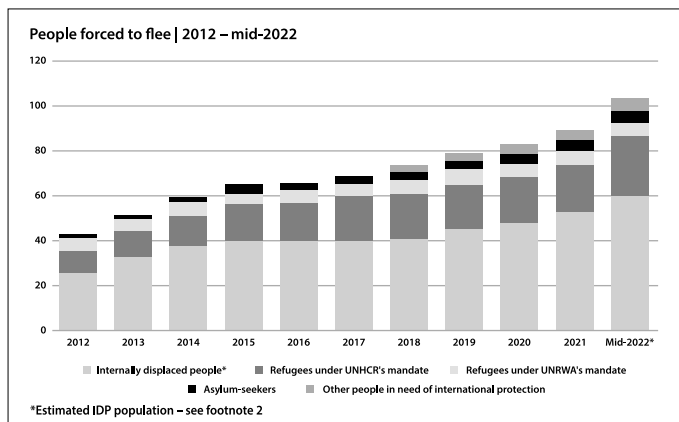


ABB. 1. Anstieg der Zahl von zur Flucht gezwungenen Menschen zwischen 2012 und 2022 (UNHCR)

² <https://mediendienst-integration.de/migration/flucht-asyl/abschiebungen.html> [Abruf: 16.02.2023]; <https://www.bamf.de/DE/Themen/AsylFluechtlingsschutz/AblaufAsylverfahrens/Schutzformen/Abschiebeverbote/abschiebeverbote-node.html> [Abruf: 16.02.2023]; <https://www.queeramnesty.de> [Abruf: 16.02.2023]; <https://futureu.europa.eu/en/processes/Migration/fi/34/proposals/224?locale=en> [Abruf: 16.02.2023].

³ Quelle: UNHCR Mid-Year Trends Report 2022: <https://www.uno-fluechtlingshilfe.de/informieren/fluechtlingszahlen> [Abruf: 16.02.2023]. Statistische Angaben beziehen sich grundsätzlich nur auf die jeweils genannte Quelle, weil sie je nach Zählweise nicht unerheblich differieren können (deshalb sind aus diversen Quellen gemittelte Zahlen ungefähre Angaben).

Damit hat Putin die größte innereuropäische Flüchtlingsbewegung seit dem zweiten Weltkrieg ausgelöst, die den Europäischen Rat erstmals veranlasst, eine Massenzustrom-Richtlinie für ukrainische Flüchtlinge zu aktivieren, die danach in EU-Ländern kein Asyl beantragen müssen. 7,2 Millionen Ukrainer sind Kriegsflüchtlinge, mehr als eine Million davon hat allein Deutschland aufgenommen, viele Kommunen rufen den Notstand aus und sehen sich an der Grenze ihrer Kapazitäten. Noch hält die Solidarität, aber viele Lokalpolitiker unterscheiden bereits zwischen «guten» (europäischen) und «schlechten» (afrikanischen und arabischen) Flüchtlingen. Wenn Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine (noch) willkommen sind, wie gehen wir mit den russischen um, die ebenfalls vor dem Krieg fliehen, wie mit den jungen Schwulen, die immer brutaler verfolgt werden? Schon schüren konservative Politiker wieder die Angst vor «Überfremdung» (Unwort 1993), «ausländerfrei» (das erste Unwort 1991) wünschen sich Reiche und Rechte ihr Viertel und protestieren gegen Flüchtlingsunterkünfte in ihrem Beritt. Nachdem die Bemühungen in der ersten Flüchtlingskrise 2015/16 gescheitert sind, Asylbewerber fair auf verschiedene Aufnahmeländer in der EU zu verteilen, wird heute vor allem darüber gestritten, wie sie am besten von Europas Grenzen fernzuhalten sind. Wie beeinflusst das unseren Blick auf die Menschen, die ihrer politisch, sexuell oder materiell bedingten Not und Gefahr, ungeachtet der damit verbundenen Risiken, über das Mittelmeer zu entrinnen suchen?



ABB. 2. Flüchtlingsboot auf dem Mittelmeer: „Sie werden überfallen, ausgeraubt, viele sterben“ (*Der Spiegel* 3 v. 14.01.2023: 40; Quelle: VII/ Redux/laif / VII / Redux / laif)

GRENZEN

Noch 2019 sahen die EU-Bürger laut einer Eurobarometer-Umfrage in der Einwanderung das wichtigste Problem auf EU-Ebene.⁴ Obwohl sie seit 2015 kontinuierlich gesunken war und die damals vom CSU-Innenminister durchgesetzte Obergrenze von maximal zweihunderttausend Immigranten *per annum* gar nicht mehr erreicht wurde, konnten populistisch-xenophobe Positionen und Parteien erfolgreich damit punkten, lautstark dichte Grenzen der ‚Festung Europa‘ zu fordern. Heute wird die Frage eines ausreichenden Schutzes der europäischen Außengrenzen – unbeschadet der Übergriffe der *Frontex* Agentur auch außerhalb Deutschlands lebhaft diskutiert. In seinem Buch *Über Grenzen denken. Eine Ethik der Migration* gibt der Münchner Philosoph (und ehemalige Staatsminister für Kultur) Julian Nida-Rümelin zu bedenken: „[...] ohne Grenzen gibt es keine individuelle, kollektive, staatliche Selbstbestimmung und keine individuelle, kollektive und staatliche Verantwortung, dann lösen sich die Strukturen der Verantwortungszuschreibungen und der Akteure auf“ (Nida-Rümelin 2017: 164). Dies schließe ein, folgert Nida-Rümelin weiter, dass Grenzen unter Umständen auch verteidigt werden müssen. Das von Kant schon 1795 in seinem Traktat *Zum ewigen Frieden* postulierte *Recht* von Individuen, ihren Staat zu verlassen, impliziere für andere Staaten nicht die *Pflicht*, diese auch aufzunehmen. Im Gespräch mit den *Frankfurter Heften* illustriert Nida-Rümelin den Gedanken so: „Mein Recht zu heiraten, wen ich will, korrespondiert nicht mit der Pflicht aller, mich zu heiraten, wenn ich das will“ (NG.FH 9/17: 53 f.).

Ähnlich äußert sich der Oxforder Philosoph David Miller (2018) in seinem Buch *Der Fremde in unserer Mitte*, in dem er unter Berufung auf Max Webers Unterscheidung zwischen Gesinnungs- und Verantwortungsethik das moralische Dilemma seziert, das aus der Schutzlücke zwischen den Rechten der Schutzlosen und den Pflichten derer, die sie beschützen könnten, erwachsen kann. Aber während er im Zweifel der Abwägung das Recht, ja die Pflicht eines Nationalstaates hervorhebt, seine Grenzen zu schützen (also zu schließen), weil er kraft der Identifizierung seiner Bürger miteinander einen kommunitaristischen Charakter habe, plädiert Nida-Rümelin (2017) in Äquidistanz zu einem *Liberalismus*, der sich alles Heil von den selbstregulativen Kräften

⁴ Cf. Bundeszentrale für politische Bildung, Dossier zur Migrationspolitik v. 13.08.2019: https://www.bpb.de/gesellschaft/migration/flucht/295167/migrationspolitik-juli-2019?pk_campaign=n12019-08-28&pk_kwd=295167 [Abruf: 16.02.2023].

des Marktes erhofft, einerseits, und einem *Kommunitarismus*, der allein auf die Interessen der Kollektive setzt, andererseits, für eine Gesellschaft als ein *Kooperationsgefüge*, das die Bereitschaft von Individuen voraussetzt, sich gemeinsam in einen Institutionsrahmen zu begeben, innerhalb dessen sie, als Individuen, kooperativ ihre Interessen wahren können. Der Haken: dazu bedürfte es wohl vernünftigen Raisonnements im Sinne einer Habermas'schen Diskursethik (cf. Habermas 2009), denen in Twitter-Kampagnen wenig Raum gegeben werden dürfte.

Rationales Argumentieren mit moralischem Kompass (Kant) wäre jedoch gerade jetzt wieder, in der Debatte über die Flüchtlinge aus Syrien und Afghanistan, indirekt also über Islam und Migration, Integration und Identität, zumal nach einer Serie von islamistisch motivierten Attentaten und Übergriffen sowie deren Instrumentalisierung durch rechtsradikale Kreise etwa in der AfD und ihren Satellitenorganisationen, gebotener denn je. In seinem 2018 erschienenen Buch *Integration. Protokoll eines Scheiterns* bezog der Islamwissenschaftler, Politologe und Publizist Hamed Abdel-Samad zu dieser heute wieder aktuellen Debatte schon damals nüchtern Stellung. Gegen die ideologisch verhärteten Fronten suchte er den Bedingungen gelingender Integration auf den Grund zu gehen, ohne die erkennbaren Probleme dabei auszuklammern oder zu bagatellisieren. Weil Integration nicht nur aus Bildung, Sprache und Arbeit bestehe, differenzierte er zwischen struktureller, kultureller, sozialer und affektiver bzw. identifikativer Integration (Abdel-Samad 2018: 21). Zugleich warnte er angesichts der Integrationsdefizite insbesondere bei Migranten muslimischer Prägung vor der Illusion, sich teilweise ausschließende Wertesysteme zur Deckung bringen zu können und forderte von ihnen (also den muslimischen Migranten) den Verzicht auf jene Teile ihrer Herkunftskultur, die mit der Kultur des Gastlandes unvereinbar seien (ibid. 23). Diese Einsichten konnte er in seinem jüngsten Buch über die reich belegte Gewaltgeschichte des Islam nur bekräftigen, denn wenn im Schatten der überwiegend friedlichen Migranten aus dem Nahen Osten und muslimischen Afrika auch der Islamismus einwandere, sei das Projekt Europa davon unmittelbar betroffen (Abdel-Samad 2023).

Ins gleiche Horn stößt der Publizist Joachim Wagner in seinem Buch über *Die Macht der Moschee*, das die These zu belegen sucht, die kulturelle Integration der Muslime in die deutsche Gesellschaft sei mehrheitlich gescheitert (Wagner 2018). Insbesondere die aus der Türkei zugewanderten und aus den Krisengebieten in Nahost geflohenen Muslime stünden anhaltend unter dem

Einfluss der muslimischen Verbände und Moscheevereine, die zu 75 % von der Türkei, Saudi-Arabien und den Golfstaaten kulturell und religiös gesteuert würden (und finanziell abhängig seien). Alle empirischen Studien erhärteten den Befund, dass Muslime die mit Abstand am schlechtesten kulturell integrierte Gruppe seien. Bei aller Kritik an einzelnen Details des zahlensatten Buches (cf. dazu die Rezension durch den ehemaligen SPD-Finanzminister Peer Steinbrück in der *Zeit* 22 v. 24.05.2018: 65 f.) lässt sich auch diesseits islamophober AfD-Parolen nicht länger übersehen, dass die *Integrationsbereitschaft* vieler Muslime und die *Aufnahmebereitschaft* durch die Residenzgesellschaft immer wieder in eine politisch und sozial explosive Schieflage zu geraten drohen, wenn Problemlagen nicht realistisch analysiert, entsprechende Sicherheitsvorkehrungen präventiv getroffen, antisemitischen Übergriffen, demokratiefeindlichen Bestrebungen rechtzeitig Grenzen gesetzt werden. Solche Grenzen fordern auch die Autoren eines von Carsten Linnemann und Winfried Bausback (2019) herausgegebenen Sammelbandes, um die Kräfte des liberalen Islams zu stärken gegen über den radikalen Vertretern des politischen Islams, deren subversive ideologische Schulungsarbeit in den Gemeinden und Verbänden jede Aussicht auf Integration zunichte mache.

Bei der Fixierung der gegenwärtigen Debatte in den *Social Media* auf die Flüchtlinge aus der Ukraine und dem arabischen oder persischen Raum (unter denen nicht nur Angehörige auch anderer Religionen sind, sondern auch solche, die gerade der religiösen Repression zu entkommen suchen) droht eine Gruppe aus dem Blick zu geraten, die nicht zuletzt aus ökonomischen und ökologischen Gründen in der absehbaren Zukunft keine geringere Rolle spielen wird und deren Hautfarbe sie der in Deutschland wieder zunehmenden Fremdenfeindlichkeit in besonderer Weise auszusetzen droht: die neuen „Boat People“, die ihr Leben auf dem Meer aufs Spiel setzen wie einst jene, die der Hölle des Vietnamkrieges zu entfliehen suchten.

DIE NEUEN BOATPEOPLE

Hunderttausende afrikanischer Flüchtlinge warten in den Lagern Nordafrikas unter menschenunwürdigen Bedingungen auf die gefährliche Überfahrt über das Mittelmeer nach Europa; jede Woche ertrinken Menschen vor unseren Küsten; 2015 hatten es nach UNHCR-Angaben noch über 150'000 Afrikaner

geschafft, nach Europa zu kommen; jetzt steigen die Zahlen im Verhältnis zu anderen Gruppen wieder trotz Frontex-Aufrüstung und Türkei-Abkommen; mehr als die Hälfte der militärischen Konflikte, die Menschen zur Flucht veranlassen, spielen sich in Afrika ab, in Somalia, Eritrea, Nigeria, Mali, Äthiopien, Kongo, Simbabwe, Sudan und Südsudan; quer durch Afrika zieht sich nach dem ‚Index der fragilen Staaten‘ des *Fund for Peace* ein durchgehender Krisengürtel, acht der zehn gefährdetsten Länder der Welt sind afrikanische (Abb. 3).

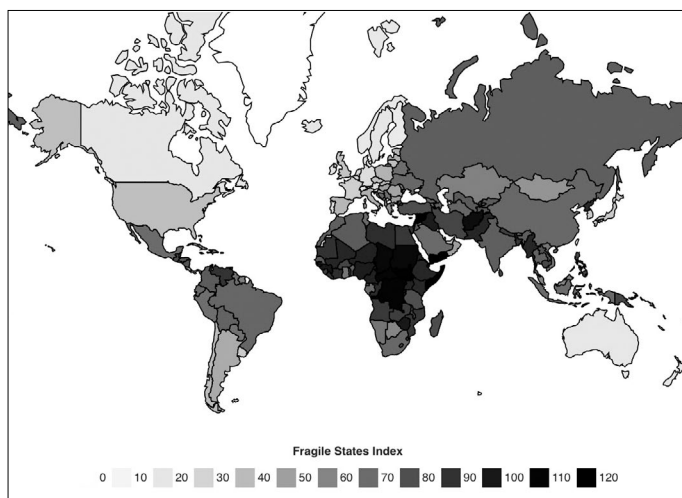


ABB. 3. Fragile States Index 2023 des *Fund for Peace* und der Zeitschrift *Foreign Affairs* (<https://worldpopulationreview.com/country-rankings/fragile-states-index> [Abruf: 16.02.2023])

Nach der Corona-Pandemie steigen die Zahlen der in Italien, Griechenland und Spanien (inkl. Kanaren) registrierten Migranten aus diesen Regionen, aber auch aus Gambia, Senegal, Kamerun, Burkina Faso, Guinea, Sierra Leone, Uganda, aus dem Tschad, von der Elfenbeinküste und aus der Zentralafrikanischen Republik wieder deutlich an. Nicht alle fliehen vor Krieg und Terror, mehr als 200 Millionen Afrikaner hungern, weil Afrika zwar über mehr als ein Viertel der weltweit landwirtschaftlich nutzbaren Fläche verfügt, aber darauf nur 9 % der global erzeugten Agrargüter produziert. Der Direktor des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung, Reiner Klingholz, hat errechnet, dass 80 % der Arbeitsfähigen südlich der Sahara keinen bezahlten Job haben und Millionen junge Afrikaner auf den Arbeitsmarkt drängen, viele davon ohne Schulabschluss (cf. Klingholz 2016: 31). Sie sehen ihre Lebenschancen

nicht mehr in ihrer Heimat, sondern in einer Welt, deren Bilder ihnen die globalisierten Medien aufs Handy schicken. Sie erleben jenen krassen Gegensatz zweier Zeitalter, den Paul Virilio (1996) in seinem Essay *Fluchtgeschwindigkeit* einst prophezeit hatte: sind die Zeit-Grenzen erst gefallen, fallen auch die Grenzen zwischen uns und denen da draußen (cf. Radisch 2016: 35).

Für viele wird das Mittelmeer zum Grab, es ist auch ein Grab, das Europa mitverantwortet, denn noch immer gibt es keine europäische Einigung über den Umgang mit den Flüchtlingen. Sie begeben sich in die Hände krimineller Schlepper, weil ihnen legale Wege nach Europa nach wie vor verwehrt bleiben. So stieg die Zahl derer, die es von Libyen aus versuchten, 2022 im Vergleich zum Vorjahr laut UNHCR um 150 % und die der Überseefahrten von Tunesien aus um 61 %. Die Routen ändern sich je nach den jeweils aktuellen Meldungen über *Pushbacks* oder Landeverboten. Die Fluchtroute über das Mittelmeer gilt als die gefährlichste überhaupt (IOM 2014: 20; cf. <https://www.german-doctors.de/> [Abruf: 16.02.2023]); über 25000 Menschen starben seit 2014 oder gelten als vermisst. Allein im letzten Jahr 2022 haben laut Statista 2411 Menschen die Tour auf den kaum seetüchtigen Booten nicht überlebt. So wird das *mare nostrum* zu *nostrum sepulcrum*. Die UNO-Flüchtlingshilfe Deutschland zitiert den Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen, Filippo Grandi, auf ihrer Webseite nicht ohne Bitterkeit: „Maßnahmen zu ergreifen, um die Zahl der Flüchtlinge und Migranten, die in Europa ankommen, zu reduzieren, ohne gleichzeitig Frieden, Entwicklung und sichere Wege zu verstärken, ist moralisch inakzeptabel“ (Filippo Grandi: <https://www.uno-fluechtlingshilfe.de/hilfe-weltweit/mittelmeer> [Abruf: 07.02.2023]).

DEMOGRAPHIE UND WIRTSCHAFT, MIGRATION UND SPRACHE

Grandis Kritik will die neue Bundesregierung in Deutschland nicht auf sich bezogen sehen. Vielmehr will sie nach den Jahrzehnten der Blockade durch ihre konservativ geführten Vorgängerregierungen die Zuwanderung endlich erleichtern, wenn auch weniger aus ethischen Motiven (die ja auch bei dem ‚christlichen‘ Einsatz für Abschottung und ‚Obergrenzen‘ für Asylbewerber keine zentrale Rolle spielten) als aus demographischen und ökonomischen, weil dem Rentensystem wie der Wirtschaft erhebliche Einbrüche drohten, wenn eine geordnete Zuwanderung weiterhin verhindert werde. Nachdem führende Repräsentanten

der Wirtschaft im Einklang mit dem Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (kurz: die „Wirtschaftsweisen“) eine Zuwanderungsquote von 400'000 bis 500'000 Menschen (scil. Arbeitskräften) *per annum* fordern, ist es um Seehofers Forderung nach „Obergrenzen“ still geworden. Die Parteien der neuen Regierung haben sich deshalb auf einschneidende Reformen verständigt, darunter ein Punktesystem nach kanadischem oder australischem Vorbild (mit Punkten in den Kategorien Alter, Qualifikation, Berufserfahrung, Sprachkenntnisse, Arbeitsplatzangebot), Zulassung von Doppelpässen, ein „Chancen-Aufenthaltsrecht“ für gut integrierte, aber nur „geduldete“ Ausländer sowie Einbürgerung nach fünf statt bisher acht Jahren.

Hier kommt es freilich entscheidend auf die Ausgestaltung der angestrebten Reformvorhaben an, denn manche Vorschläge gehen am Bedarf vorbei. Die seinerzeit in Deutschland eingeführte *Blue Card* für Hochqualifizierte hat sich als Flop erwiesen. Canada etwa hat längst begonnen, das Kriterium der akademischen Qualifikation zu überdenken und zu differenzieren, weil die Jahre der Corona-Pandemie bestätigt hätten, dass vor allem Berufe systemrelevant sind, die unter Migranten überproportional vertreten sind, Pflegekräfte, Krankenhauspersonal, Reinigungskräfte, Brief- und Paketzusteller usw. Die Berliner Migrationsforscherin Naika Foroutan sieht daher gerade in Deutschland mit seinem dualen Bildungssystem das Potential, aus Ungelernten innerhalb von drei Jahren jene „relevant skilled workers“ zu machen, die allenthalben so händierend gesucht werden (Foroutan 2021: 52). Dies müsse freilich mit einer aktiveren Antirassismus- und Antidiskriminierungspolitik einhergehen, um den von rechtskonservativer Seite zu erwartenden xenophoben Kampagnen zu begegnen. Zugleich erinnert sie an die Prognosen internationaler Institutionen wie UN, UNHCR, Greenpeace, IPCC (*Intergovernmental Panel on Climate Change*, kurz Weltklimarat), denen zufolge schon jetzt ein Drittel der (heute, wie gesagt, über 100 Millionen) Menschen auf der Flucht vor Dürren, Hunger, Überschwemmungen, Konflikten um Ressourcen als Klimaflüchtlinge einzustufen sei, und fordert (ibid. 53), sie gemäß der Genfer Flüchtlingskommission als asylberechtigt anzuerkennen.

Bis dahin dürfte es noch ein weiter Weg sein, aber dass die Integration der Immigranten die europäischen Gesellschaften noch vor enorme Herausforderungen stellen wird, ist inzwischen auch progressiven Kreisen klargeworden. Deshalb wird (wenn auch aus anderen Gründen, Stichwort „Fachkräftebedarf“) mancherorts erwogen, Englisch als zweite Amtssprache einzuführen.

Die Bundesministerin für Bildung und Forschung, Bettina Stark-Watzinger, fordert das ebenso wie (andere) wirtschaftsaffine Kreise. Dagegen formieren sich freilich Widerstände derer, die Deutsch als Amts-, Landes- und Kultursprache in Deutschland erhalten möchten. In anglophonen Ländern Canada, Australien oder Neuseeland können Flüchtlinge mit „guten Englischkenntnissen“ bereits einen wesentlichen Teil der nötigen Punkte verbuchen, um als Immigrationsbewerber überhaupt in Betracht gezogen zu werden. Diese Hürde können dort nicht wenige leicht nehmen, weil das Englische als globale *lingua franca* Konkurrenzvorteile bietet. Die würden ihnen auch die Autoren des neuen Zuwanderungsgesetzes gern sichern, das Immigration nach Deutschland dadurch zu erleichtern strebt, dass statt der vergleichsweise schwer zu erlernenden Sprache Deutsch ersatzweise Englisch als Alternative akzeptiert wird.

Der Bonner (und Siegener) Sprachwissenschaftler Wolfgang Steinig hält das für einen Fehler (Steinig 2023: 34). Er räumt ein, dass Deutsch nach Chinesisch, Griechisch, Arabisch, Isländisch, Japanisch und Finnisch auf dem siebten Platz einer von der Unesco zusammengestellten Liste mit den zehn am schwersten zu erlernenden Sprachen steht. Aber in den meisten Berufen, vor allem im Handwerk, wo der Nachwuchs fehlt, dürften Flüchtlinge ohne ausreichende Deutschkenntnisse kaum erfolgreich Fuß fassen können. Das Dilemma ist durch rudimentäre Englischkenntnisse ebensowenig zu beheben wie durch ein paar formal absolvierte deutsche Sprachkurse, eben weil der Spracherwerb im Deutschen ein höheres Maß an Aufwand verlangt als die bereits mitgebrachte *lingua franca*. Steinig befürchtet, dass deshalb viele Flüchtlinge zunächst in der vertrauten Sprachgemeinschaft von Landsleuten Aufnahme suchen und finden und dort dann viel zu lange verharren, um noch Anschluss an die Residenzgesellschaft zu finden – ein empirisch belegbarer Befund, der eine Kette von Folgeproblemen auszulösen droht, die in ihrer multidimensionalen Komplexität in diesem Rahmen nicht zu erfassen und auszubreiten sind.

Deshalb hält er die einseitige Ausschau nach ‚Fachkräften‘ aus dem Ausland für kurzsichtig und wenig erfolgversprechend. Vielmehr plädiert er dafür, sich weniger um Menschen mit bestimmtem beruflichem Profil zu bemühen als vielmehr um solche, die bereits Deutsch als Fremdsprache lernen. Denn, so argumentiert er m.E. zu Recht, „sprachliches Wissen eröffnet die Möglichkeit, fachliches Wissen auf andere Bereiche zu transferieren. Fachliche Kompetenz engt Einwanderer auf bestimmte Berufsfelder ein, sprachliche Kompetenz ermöglicht Perspektiven für alle möglichen Berufe“ (ibid.). Das könne man zwar

nicht von Flüchtlingen erwarten, die unmittelbar vor Hunger, Krieg und Katastrophen fliehen, wohl aber von Emigranten, die sich aus wirtschaftlichen Gründen nach Deutschland aufmachen, um für sich und ihre Familie eine gesicherte und auskömmliche Zukunft zu suchen. Ihnen könnte ein z.B. an den Goethe-Instituten oder anderen Sprachschulen erworbenes Sprachzertifikat den gefährlichen Weg über die üblichen Fluchtrouten krimineller Schlepperbanden oder die oft tödlich endende Überfahrt auf dem Mittelmeer ersparen und eine legale Einwanderung erlauben. Das würde automatisch die Zahl der sogenannten „Wirtschaftsflüchtlinge“ senken (noch so ein ‚Unwort‘ konservativer Politiker), unproduktive Wartezeiten verkürzen, neue Jobs schaffen für Sprachlehrkräfte im Ausland und dort das Ansehen der deutschen Sprache stärken, die Chancen besonders für Frauen erhöhen, denen der Spracherwerb oft leichter falle als Männern. Wer es schaffe, Deutsch als Fremdsprache im Ausland zu lernen, schließt Steinig seinen Diskussionsbeitrag, signalisiere damit „Motivation, Durchhaltevermögen, Integrationsbereitschaft und Sprachlerneignung sowie eine allgemeine Lernfähigkeit und sprachliche Intelligenz“ (ibid.).

Deshalb ist es zu begrüßen, dass das absurd kontraproduktive Ansinnen der neuen Regierung, gerade den Goethe-Instituten (wie auch dem DAAD und der Humboldt-Stiftung) die staatlichen Zuwendungen zu kürzen, in letzter Sekunde teilweise abgewendet werden konnte. Das Gegenteil wäre richtig, wenn die ständige Rede von der „Bekämpfung der Fluchtursachen“ und der „Erleichterung der legalen Immigration“ denn ernst gemeint wäre: die Personal Ausstattung der Goethe-Institute müsste ausgebaut, das Kursangebot verbreitert und besser bekannt gemacht werden; der DAAD müsste mehr Lektoren und Lehrkräfte im Ausland finanzieren können, um die teilweise prekäre Lage der Deutschlehrausbildung in den Instituten für Germanistik, DaF, *German Studies* usw. vor Ort zu verbessern. Dass solche Investitionen in den Spracherwerb sich lohnen, belegen Studien aus anderen europäischen Ländern übrigens auch für Flüchtlinge im Inland. So berichtet Anant Agarwala (2022 a) über eine großangelegte Vergleichsuntersuchung in Dänemark, das Flüchtlingen bereits seit 1999 einen dreijährigen Sprachunterricht anbietet, dessen erfolgreicher Abschluss mit einem entsprechenden Zertifikat die Aussicht auf ein dauerhaftes Bleiberecht eröffnet (bzw. verwehrt, wenn Lerneignung und -motivation nicht ausreichen). Die im Juni 2022 in der Fachzeitschrift *Review of Economics and Statistics* publizierte Studie bestätigt, dass sich Investitionen in die Sprachausbildung sowohl für die Flüchtlinge (dank besserer Berufsaus-

sichten) als auch für den Staat lohnen (durch höhere Steuereinnahmen und geringere Sozialausgaben), der seine Ausgaben damit nicht nur in wenigen Jahren amortisieren kann, sondern auch der Nachfolgeneration langfristig bessere Integrationsperspektiven bietet (cf. Foged et al. 2022).

In Deutschland dagegen rächt sich nun angesichts steigender Flüchtlingszahlen, dass es seit der Gründung der Bundesrepublik nicht gelungen ist, ein fundiertes Konzept für die Integration von Flüchtlingen und die Ausbildung ihrer Kinder zu entwickeln. Die seit der Flüchtlingskrise 2015/16 eingerichteten „Willkommensklassen“, wie man sie euphemistisch nannte, haben die in sie gesetzten Erwartungen nicht erfüllt (Agarwala 2022 b: 31). Die Vorstellung, dass mehr Vielfalt an den Schulen und in den Regelklassen ein Gewinn für alle bedeute, hat sich als Illusion erwiesen. Zugleich steigt der Anteil von Schülern mit Migrationsgeschichte (inzwischen 38-40% bei 9-10-Jährigen). Nun kommt zu der Ideenlosigkeit der Bildungspolitik auch noch der eklatante Lehrermangel hinzu. Jetzt werden hastig Leute gesucht, die sich zu Sprachlehrern für die immerhin endlich verordneten Sprach- und Integrationskurse umschulen oder nachqualifizieren lassen (nachdem die Botschaft „Sprache ist der Schlüssel“ auch bei den Landeskultusministerien mit einigen Jahrzehnten Verspätung angekommen ist). Die einschlägigen Erfahrungen seit der Verabschiedung des Zuwanderungsgesetzes 2005 bleiben freilich immer noch punktuell, individuell, anekdotisch, weil systematisch-länderübergreifende Evaluationen der diversen Integrations- und Sprachvermittlungsprogramme unterblieben sind. Jedes Bundesland wurstelt weiterhin unkoordiniert vor sich hin, jede Kommune, der Flüchtlinge zugewiesen werden, improvisiert sich von Tag zu Tag durch, von einer Kooperation der deutschsprachigen Länder kann erst recht keine Rede sein.

Deshalb hat die Innenministerin Nancy Faeser für den 16. Februar 2023 zu einem Flüchtlingsgipfel nach Berlin eingeladen, um nach zwischen Bund, Ländern und Gemeinden koordinierte Lösungen zu suchen, wie mit ca. zwei Millionen Schutzsuchenden umzugehen sei, die sich Ende 2021 unter Berufung auf humanitäre Gründe in Deutschland aufhalten und im Ausländerzahlenregister (AZR) registriert sind. Da angesichts der Zunahme der multiplen Krisen weltweit mit einem Rückgang der Zahlen kaum zu rechnen ist, besteht dringender Handlungsbedarf. Dabei ist die Debatte nach meinem Eindruck einseitig auf die finanziellen Fragen fokussiert (Unterbringung, Versorgung, Kapazitäten), statt einerseits die Probleme der (kulturellen, sprachlichen, ökonomischen) Integration anzusprechen und andererseits auf die verbreiteten

Vorbehalte gegenüber der Errichtung neuer Flüchtlingsunterkünfte zu reagieren, um präventiv den xenophoben Kampagnen rechter Kreise rechtsstaatlich angemessen zu begegnen.

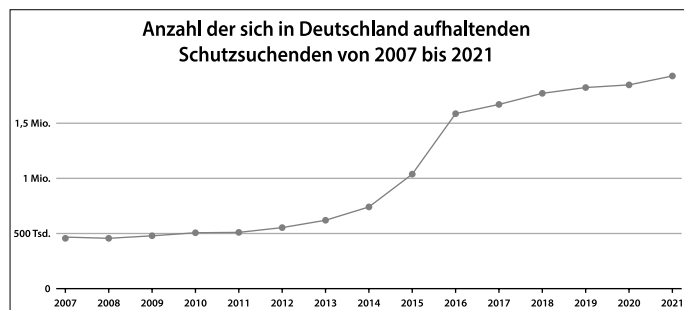


ABB. 4. Asylsuchende lt. Angaben des Statistischen Bundesamtes im Juli 2022, Quelle: <https://www.deutschlandfunk.de/fluechtlingssituation-deutschland-asylsuchende-migration-fluechtlingsgipfel-100.html> [Abruf: 16.02.2023]

Das gilt genauso auf europäischer Ebene, wie der Brüsseler EU-Sondergipfel zur Migrationspolitik am 9. Februar 2023 erneut eindrucksvoll vor Augen geführt hat. Es war nicht der erste Gipfel zu dem Thema, das die EU spätestens seit 2015 verfolgt. Der Druck steigt wieder, allein 2022 stellten fast eine Million Menschen in der EU einen Asylantrag – zusätzlich zu den ca. vier Millionen Kriegsflüchtlings aus der Ukraine, die keinen solchen Antrag stellen müssen. Aber das Einzige, worauf sich die 27 EU-Länder einigen konnten, war eine weitere Verschärfung des Asylrechts und die Verstärkung der „Grenzinfrastrukturen“, wie die an den UE-Außengrenzen errichteten und geplanten Mauern und Zäune euphemistisch genannt werden. Trotzdem ist der Umfang der „irregulären Immigration“ weiter gestiegen und liegt 2022 um zwei Drittel über dem Vorjahreswert. Über das Mittelmeer allein versuchten mehr als 100'000 Menschen nach Europa zu gelangen, ein Anstieg um über 50 % innerhalb eines Jahres, über 2000 von ihnen sind nach Angaben des UNHCR dabei ertrunken oder werden vermisst. Das Mittelmeer wird zu einem Massengrab, für das auch wir Europäer Verantwortung tragen, wenn es den 27 Staaten nicht endlich gelingt, sich auf ein praktikables und zugleich humanitäres Asylrecht zu einigen und neue Wege einer *legalen* Immigration afrikanischer Migranten zu öffnen, die in Europa leben und arbeiten wollen. Eine Voraussetzung dafür ist die Landessprache, die sie lernen müssen, wenn ihre Integration in Wirtschaft und Gesellschaft gelingen soll.

LITERATUR

- ABDEL-SAMAD, Hamed 2018: *Integration. Ein Protokoll des Scheiterns*, München: Droemer
- ABDEL-SAMAD, Hamed 2023: *Islam. Eine kritische Geschichte*, München: dtv
- ALBAHARI, Maurizio 2015: *Crimes of Peace. Mediterranean Migrations at the World's Deadliest Border*, Philadelphia: University of Pennsylvania Press
- AGARWALA, Anant 2022: „Fördern Sprachkurse die Integration von Flüchtlingen?“, in: *Die Zeit* 31 v. 28.07.2022: 42
- AGARWALA, Anant 2022: „Willkommensklassen behindern den Lernerfolg von Flüchtlingskindern. Abschaffen aber kann man sie nicht, sonst verlieren am Ende alle“, in: *Die Zeit* 46 v. 10.11.2022: 31
- ELBERT, Thomas 2023: „Dämonen der Vergangenheit“, Gespräch mit Jan Friedmann, in: *Der Spiegel* 3 v. 14.01.2023: 40-41
- FOROUTAN, Naika ²2021 (12919): *Die postmigrantische Gesellschaft. Ein Versprechen der pluralen Demokratie*, Bielefeld: transcript
- FOROUTAN, Naika 2021: „Das Momentum ist da. Deutschland muss die Migration als Machtfaktor begreifen“, in: *Der Spiegel* 51 v. 18.12.2021: 52-53
- FOGED, Mette, Linea HASAGER, Giovanni PERI, Jacob NIELSEN ARENDT & Iben BOLVIG 2022: „Language Training and Refugees' Integration“, in: *Review of Economics and Statistics* 2 June 2022: 1-41 https://doi.org/10.1162/rest_a_01216
- HABERMAS, Jürgen 2009: *Diskursethik. Philosophische Texte*, Studienausgabe vol. 3, Frankfurt/Main: Suhrkamp
- HESS-LÜTTICH, Ernest W.B. 1985: „Sprachliche Bildung und berufliche Integration afrikanischer Flüchtlinge. Mit einem Exkurs ins Swahili“, in: id. (ed.) 1985: 107-126
- HESS-LÜTTICH, Ernest W.B. (ed.) 1985: *Integration und Identität. Soziokulturelle und psychopädagogische Probleme im Sprachunterricht mit Ausländern*, Tübingen: Gunter Narr
- HESS-LÜTTICH, Ernest W.B. 2016: „Europa – Afrika / Afrika – Europa“, in: *Acta Germanica. German Studies in Africa* 44 (2016): 29-33
- HESS-LÜTTICH, Ernest W.B., Carlotta v. Maltzan & Katherine Thorpe (eds.) 2016: *Gesellschaften in Bewegung. Literatur und Sprache in Krisen- und Umbruchzeiten* (= Cross Cultural Communication 29, Publikationen der GiG 20), Frankfurt/Main etc.: Peter Lang

- HESS-LÜTTICH, Ernest W.B. 2019: „Hoffnung auf Integration? Europäische Perspektiven auf Flüchtlinge aus Afrika: Sprache(n) und Kultur(en)“, in: *Acta Germanica. German Studies in Africa* 47 (2019): 70-91
- IOM 2014 = International Organization for Migration (ed.) 2014: *Fatal Journeys. Tracking Lives Lost during Migration*, New York: United Nations Publications
- JEROFEJEW, Viktor 2023: „Spezialoperation. Homosexuelles Leben ist für Putin der Inbegriff der Dekadenz des Westens. Mit dem Kampf gegen die LGBTQ-Bewegung will er den Krieg in der Ukraine gewinnen“, in: *Die Zeit* 6 v. 02.02.2023: 47
- KLINGHOLZ, Reiner 2016: „Das Kraftwerk im Dorf“, in: *Die Zeit* 4 v. 21.01.2016: 31
- KOSSERT, Andreas 2020: *Flucht. Eine Menschheitsgeschichte*, München: Siedler
- KOSSERT, Andreas 2022: „Dass Flüchtlinge willkommen sind, ist die Ausnahme“, in: *Die Zeit* 24 v. 09.06.2022: 17
- LINNEMANN, Carsten & Winfried BAUSBACK (eds.) 2019: *Der politische Islam gehört nicht zu Deutschland. Wie wir unsere freie Gesellschaft verteidigen*, Freiburg / Basel / Wien: Herder
- MILLER, David 2018: *Der Fremde in unserer Mitte – Politische Philosophie der Einwanderung*, Frankfurt/M.: Suhrkamp
- NIDA-RÜMELIN, Julian 2017: *Über Grenzen denken – Eine Ethik der Migration*, Hamburg: Edition Körber Stiftung
- NIDA-RÜMELIN, Julian & Thomas MEYER 2017 a: „Über Grenzen denken“, Gespräch in: *Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte* 9/2017: 51-58
- RADISCH, Iris 2016: „Vom Mittelalter ins Jetzt katapultiert“, in: *Die Zeit* 21 v. 12.05.2016: 35
- STEINBRÜCK, Peer 2018: „Die überforderte Schule“, Rezension [s. Wagner 2018] in: *Die Zeit* 22 v. 24.05.2018: 65-66
- STEINIG, Wolfgang 2023: „Lasst doch kommen, wer Deutsch lernt! Das neue Zuwanderungsgesetz sollte sich auf Sprachkenntnisse fokussieren“, in: *Die Zeit* 4 v. 19.01.2023: 34
- VIRILIO, Paul ¹1996 [²1999]: *Fluchtgeschwindigkeit*, München: Hanser; Frankfurt/Main: S. Fischer
- WAGNER, Joachim 2018: *Die Macht der Moschee. Scheitert die Integration am Islam?*, Freiburg/Brsg.: Herder

Grafičko oblikovanje i prijelom
Sveučilište u Zadru

Tisak
Tiskara Zelina d.d.

Naklada
200 primjeraka

ISSN 2671-0862
e-ISSN 2718-2207

• **Grafische Gestaltung und Satz**
• Universität Zadar

• **Druck**
• Tiskara Zelina d.d.

• **Auflage**
• 200 Kopien

• ISSN 2671-0862
• e-ISSN 2718-2207

• **Graphic design**
• University in Zadar

• **Printed by**
• Tiskara Zelina d.d.

• **Issued in**
• 200 copies

• ISSN 2671-0862
• e-ISSN 2718-2207